

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Abonnementpreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 4,50 M., bei direktem Postbezug monatlich 5,15 M., bei Zustellung unter Straßenschild für Deutschland 1.— M., für Ausland 2.— M., per Post 1,50 M.

Redaktion und Expedition: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 13 III, Geschäftsbesorger: Hans Nordens 2893 und 2894.

Druckerei: Die „Freiheit“, Hauptvertriebsstelle ab. beim Namen steht. Gesamtvertrieb 1,20 M., das letzte Heft 1,15 M., jedes weitere Heft 65 Pf., Familien- und Organisationsanfragen die „Freiheit“ Hauptvertriebsstelle 1,40 M., das letzte Heft 1,35 M., jedes weitere Heft 65 Pf. Inanspruchnahme für den Verkauf eigenen Tag müssen spätestens bis 1 Uhr nachmittags in der Expedition ankommen sein.

Druckerei-Abteilung: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 13, Geschäftsbesorger: Hans Nordens 2893-94, 9768

FREIHEIT

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die ungarischen Henter.

Eine Herausforderung.

Budapest, 1. Januar.

Ministerpräsident Huszar führte heute in seiner Antwort auf die Neujahrsglückwünsche der Mitglieder der christlichen Parteien aus, daß das Land durch die zwei Revolutionen und die rumänische Besetzung vollkommen zugrunde gerichtet sei. Der Bolschewismus habe die Pressefreiheit gemordet, das Versammlungsrecht aufgehoben und die russischen Männer des Landes in den Kerker geworfen. Die ungarische Nation werde sich durch die Botschaft des Auslandes für die Menschen nicht irreleiten lassen. Niemand werde dem geistlichen Richter entzogen werden, ob nun Tschechen telegraphisch oder irgend eine andere europäische Macht interveniere.

Wenn der bevorstehende Pariser Frieden in Ungarn vier Mah-Lothringen und ein Bagebonien schaffe, würde nicht ewiger Friede, sondern ewige Unruhe entstehen. Ungarn bedürfte aber des Friedens und werde ihn schließen. Er werde keinen Fuß nach weber von links noch von rechts gehalten. Die einzige Rettung des Landes liege in der Zusammenfassung aller aufstehenden Kräfte. Der Ministerpräsident erklärte zum Schluß, daß ein Frieden der Gewalt nicht von Dauer sein könne, sondern für sämtliche Völker Europas nur ein Unglück sein werde. Ungarn könne ohne Vollsabstimmung nicht auf Gebiete verzichten, deren Wegnahme es seiner Kultur, seiner Wälder, seiner Erge, seines Salzes und seiner treuesten Bürger beraube.

Die herausfordernde Rede des ungarischen Henters ist die Quittung für die Unterstützung, die die Entente-Regierungen der Konterrevolution der ungarischen Magnaten angedeihen ließen. Angesichts der endlich an die Öffentlichkeit gedruckten Mordtaten der ungarischen Weihen Garben und ihrer Hentersgerichte, sehen sich die Entente-diplomaten gezwungen, ihnen endlich Einhalt zu gebieten, um die öffentliche Meinung in ihren Ländern ein wenig zu beruhigen.

Die Worte Huszars sind nun die Antwort auf diese Einsprüche der Ententegesandten. Mit kaum zu überbietender Frechheit spricht dieser Mensch von „gesetzlichen Richtern“, die angeblich über das Schicksal der gesungenen Kommunisten zu entscheiden hätten. Diese „gesetzlichen Richter“ sind nichts weiter als ein Feigenblatt für die bestialisch wühlende Henterjustiz der ungarischen Junkereliquen. Ihre Nachgiebigkeit ist noch nicht gestillt durch die unzähligen Mordtaten und Mäuerereien ihrer Weihen Garben. Sie ledigt noch immer weiteren Blutopfern auf „gesetzlicher Grundlage“ und läßt sich dabei davon nicht zurück, den Regierungen der Entente ihre Einsprüche zerissen vor die Füße zu werfen und täglich neue unschuldige Opfer an den Galgen zu bringen.

Es stellt ein recht eigenartiges Schauspiel dar, daß die sich allmächtig dünkenden europäischen Diktatoren in Paris und London sich eine derartige Brückierung durch ihren Eidendiaten in Budapest gefallen lassen müssen. Oder hat etwa der ungarische Ministerpräsident Anhaltspunkte dafür, daß die Probe der Entente gegen die ungarische Barbareidiktatur gar nicht so ernst gemeint seien? Man wird in London und Paris nicht umhin können, sich eingehender um diese Dinge zu kümmern, wenn nicht in der ganzen Welt der Eindruck bestehen bleiben soll, daß die Weihen Garben in Ungarn mit Wissen und Willen der Ententeregierungen eine Barbareidiktatur aufgerichtet haben, die alle Schrecken der Bartholomäusnacht in den Schatten stellt.

Die Lage an der sibirischen Front.

H. N. London, 2. Januar.

Der „Times“-Korrespondent in Sibirien berichtet von einem Meinungsstreit zwischen den zusammenstrebenden Führern der sibirischen und nordrussischen Truppen in Sibirien. Der russische General Kappel forderte dem sibirischen General Surov eine Zuehlforderung mit der Begründung, daß dieser den Rückzug verzögert habe. Auf sibirischer Seite hat dieser Zwischenfall große Aufregung hervorgerufen. Die Tschechen weisen den Russen die unorganisierten Eisenbahnverbindungen vor, sie selbst müßten eigene Maßnahmen zum Rückzug treffen und dazu erst den gesamten Verkehr vororganisieren. Surov erklärt dann, seine Mannschaften würden weisern, wenn die Russen ihnen Schwierigkeiten in den Weg legen. Die Lage in sibirischen Heere würde immer schlimmer, die Westereisen wiederholten sich häufig. Kürzlich hätten zwei Kom-

pagnien, die zur Unterdrückung der Unruhen ausgesandt worden seien, rebelliert. Sie hätten ihre Offiziere ermordet und sich den Bolschewisten angeschlossen. Die sozialistische Partei habe erklärt, gegen jede Intervention Widerstand leisten zu wollen und sich gegebenenfalls den Bolschewisten anzuschließen. Die Tschechen seien jetzt die einzigen zuverlässigen Mannschaften in Sibirien. Sie wollten jedoch keineswegs mit Bolschewisten weiterarbeiten und würden es vorgeziehen, nicht weiter mitzukämpfen oder sich mit den Sozialisten zu verständigen. Dann würde, so meint der „Times“-Korrespondent, eine japanische Hilfe notwendig werden.

Eilands Forderungen an Sowjetrußland.

London, 31. Dezember.

Ueber die Konferenz in Dorpat meldet „Morning Post“ noch folgende Einzelheiten: Die Eiländer haben die Forderung gestellt, alle russischen Banknoten, die am 15. November 1917 im Besitz von Eiland waren, gegen Gold einzutauschen, ferner muß die russische Sowjetregierung alle russischen Wertpapiere, die sich im Besitz eiländischer Bürger befinden, zurückzahlen und den Eiländern müssen alle Aktien zurückgestellt werden, die aus Eiland verschleppt worden sind; Eiland wünscht weiter einen Teil des russischen Goldschatzes. Von diesem Goldschatz, der vor der Revolution 1,8 Milliarden Goldrubel betrug und jetzt auf 1 Milliarde zurückgegangen ist, soll Eiland 1 Prozent erhalten. Die Bolschewisten haben als Gegenleistung den Abtritt der Insel Hogland im Finnischen Golf verlangt.

Kein Zusammentritt der Friedenskonferenz in der nächsten Woche.

H. N. Paris, 2. Januar.

Die Meldung, daß die Friedenskonferenz Ende dieser Woche wieder in Paris zusammentreten würde, scheint sich nicht zu bestätigen. Ritti kann nicht vor Sonntag, vielleicht sogar nicht vor Montag nächster Woche eintreffen, während Lloyd George nicht vor Mittwoch oder Donnerstag in Paris sein kann.

Neue agrarische Forderungen.

Obwohl die Regierung durch die Prämienvergütung für Brot und Kartoffeln den agrarischen Wünschen sehr weit entgegenkommen ist, sind die Agrarier durchaus nicht befriedigt. Der ehemalige Leiter des Kriegsberaternamens, der ostpreussische Großgrundbesitzer Watzki, fordert in einem Artikel in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“, daß die Zwangsverpflichtung der freien Wirtschaft als das Ziel der deutschen Wirtschaftspolitik betrachtet werde. Er gefordert zwar zu, daß die Zwangsverpflichtung gegenwärtig noch in gewissen Umfange beibehalten werden müsse, aber daß sie ein durchaus theoretisches Zugeständnis, da keine praktischen Forderungen bei den meisten Erzeugnissen dem durchaus widersprechen.

Watzki fordert, daß den Gemeinden unter gemeinschaftlicher Haftung ihrer Mitglieder eine bestimmte Lieferung in Getreide auferlegt werde, die auf Grund ihrer Friedensbondsauflage festgestellt wird. Die Preise für diese Friedenslieferung sollen den bis zum nächsten Jahre sicherlich noch weiter stark steigenden Produktionskosten von vornherein angepaßt und untereinander so abgestuft werden, daß die wichtigsten Früchte in erster Linie zur Ablieferung kommen. Die Gesamtablieferung solle aber nur so bemessen werden, daß den Landwirten noch genug zur bequemen Aufrechterhaltung der Eigenwirtschaft und zum Verkauf einer mäßigen Menge im freien Handel übrig bleibt. Für Zucker fordert er freie Wirtschaft bei starker Preissteigerung, ebenso für Kartoffeln eine völlige Freigabe des Handels. Bei Fleisch tritt er für die äußerste Einschränkung des Verbrauches ein — natürlich der städtischen Bevölkerung —, so daß nur noch die Zwangsverpflichtung für Milch für die Bewohner der Städte übrig bleibt.

Watzki's Vorschläge weisen keinen neuen Weg. Der Vorschlag der teilweisen Steuerumlage ist schon während des Krieges als undurchführbar zurückgewiesen worden. Seine Befolgung würde auch jetzt die Ernährung der Bevölkerung nicht sicher stellen, vielmehr nur zur Folge haben, daß die Landwirte leicht und sicher zu einer so gewaltigen Steigerung der Preise kommen, daß auch die Weltmarktpreise erreicht werden.

Inlandspreise und Außenhandel.

I

F. B. Der katastrophal tiefe Stand der deutschen Valuta — für 100 Schweizer Franken bezahlt man jetzt über 1000 Mark gegen 81 Mark im Frieden — und die in beängstigender Weise zunehmende Leuerung im Inlande haben eine Flut von wissenschaftlichen und populären Schriften über Valuta- und Preisfragen hervorgerufen. Selbst in der kleinen Provinzpresse und im täglichen Gespräch wird mit mehr oder weniger grobem volkswirtschaftlichen Verständnis über die „Valuta“ gesprochen, und von allen Seiten werden Vorschläge gemacht, wie der Wert der deutschen Mark gehoben oder wenigstens vor weiterem Sinken bewahrt werden könnte. Unter diesen Vorschlägen befindet sich eine Parole, die mit besonderer Hartnäckigkeit von bestimmter Seite immer wieder aufgestellt wird und die auf dem Wege über die bürgerlich-kapitalistische oder landwirtschaftlich orientierte Presse beginnt, auch ins große Publikum einzudringen.

Diese Parole lautet: Angleichung der Inlandspreise an die — durch die Valuta erhöhten — Weltmarktpreise. Und sie wird aufgestellt und verteidigt einerseits von den Landwirten, um gegen die Zwangswirtschaft und die künstlich niedrig gehaltenen Preise für rationierte Lebensmittel Steuern zu lassen, andererseits von gewissen Kreisen des Handels und der Industrie.

Machen wir uns zunächst die Bedeutung dieser Forderung klar. Dazu müssen wir die augenblicklichen Inlandspreise wichtiger Bedarfsartikel des täglichen Lebens mit den entsprechenden Weltmarktpreisen vergleichen.

Kartoffeln kosten in Deutschland beim Erzeuger 7 bis 8 Mark, in der Großstadt 12—15 Mark, wenn sie auf Märkten, 20—25 Mark, wenn sie im Schleichhandel bezogen werden.

In der Schweiz kostet der Zentner Kartoffeln etwa 15 Frank, das sind nach der heutigen Valuta etwa 150 Mark der Zentner. Zucker kostet in Deutschland 1 Mark, in der Schweiz 60 Cents gleich 16 Mark das Pfund.

Ein Kug in Deutschland 500—800 Mark, in der Schweiz in gleicher Qualität 150—250 Frank gleich 1500 bis 2500 Mark.

Ein Messer oder ein Kochtopf, der in Solingen für 10 Mark hergestellt wird, ist im Ausland jederzeit für 5 bis 6 Frank, das sind 50—60 Mark zu verkaufen.

Dieser Zustand macht natürlich die Ausfuhr aus Deutschland zu einem äußerst lohnenden Geschäft. Kartoffeln, Getreide und andere rationierte Lebensmittel auszuführen ist freilich verboten, aber hier ist gerade der Preisunterschied am größten, und der Gewinn, der hier zu erzielen ist, ist so hoch, daß Geldstrafen auf die Ausfuhr überhaupt nicht mehr wirken, erst die Festsetzung von Strafzahlungen und neuerdings die Androhung von Zuchthaus hat hier die „Unternehmungskunst“ dämpfen können. Aber alle Ausfuhr kann ja nicht verboten werden, im Gegenteil, wir brauchen eine fortwährende Ausfuhr von Waren, besonders von Industrieerzeugnissen, um damit die Waren, die wir vom Ausland einführen müssen, zu bezahlen. Wir brauchen die Einfuhr von Lebensmitteln, Baumwolle, Wolle, Leder, Gummi, Düngemitteln und anderen Rohstoffen, und müssen dafür Kohle, Koll, Eisenwaren, Farben, Futurwaren, Instrumente, Spielzeug uho. ausführen.

Alle diese Dinge sind nun in Deutschland, gemessen an dem durch den Stand der Valuta verzeichneten Weltmarktpreis, so spottbillig, daß der Ausfuhrhandel, der Verkauf deutscher Waren an das Ausland, nicht die geringste Branchenerkenntnis mehr erfordert. Die Schwierigkeit des Handels in normalen Zeiten ist ja nicht das Kaufen, sondern das Verkaufen, der Absatz der Waren. Dieser bietet aber nicht mehr die geringsten Schwierigkeiten, da der deutsche Verkäufer den Weltmarktpreis um die Hälfte, ja um ein Drittel zu unterbieten vermag, und immer noch einen hohen Gewinn dabei einsteckt. Auch beim Einkauf kann er sich vom kaufmännischen Standpunkt aus den größten Unsinns erlauben, er kann sinnlos teurer einkaufen, die Ware zum Kleinverkaufspreis in den Läden auskaufen, wo doch schon Groß- und Kleinhandel darauf verdient hat, beim Verkauf an das Ausland bleibt immer noch ein ansehnlich großer Gewinn übrig. Und so leben

Der Gottesgnaden-Wahnsinn.

Wir denn in diesem neuen, zu ungeheuren Umfang er-
 blühten Ausfuhrhandel eine Anzahl neuer, dunkler Er-
 fahrungen, Inländer und Ausländer, tätig, die früher mit
 dem Handel und der betreffenden Branche nie etwas zu
 tun hatten, Schieber und Kettenhändler, die die Waren im
 Inland zu jedem Preis aufkaufen und dadurch für den in-
 ländischen Verbrauch die Preise in die Höhe treiben, und
 sie im Ausland zu Schleuderpreisen verkaufen, die oft nur
 die Hälfte des Weltmarktpreises betragen, und dabei
 machen sie immer noch einen Riesengewinn. So ist auf
 dem Gebiet des Außenhandels allmählich ein Zustand ein-
 getreten, den man mit einem Ausverkauf zu Schleuder-
 preisen vergleichen kann. Nicht nur die Waren, die wir
 zur Bezahlung unserer notwendigen Einfuhr ausführen
 müssen, und deren Ausfuhr sich volkswirtschaftlich rech-
 fertigen läßt, sondern auch Artikel, an denen wir selber
 den dringendsten Bedarf haben, wie Kleider, Möbel,
 Chemikalien, Rohstoffe, und nicht nur neue Erzeugnisse,
 auch gebrauchte Möbel, ganze Wohnungseinrichtungen,
 ganze Warenlager von Haushaltungsgegenständen aus
 Kleinverkaufsgeschäften, alles wandert zu Schleuderpreisen
 ins Ausland, manches vielleicht, um, auf den sechsfachen
 Preis veräußert, als „Auslandsware“ zu und zurückzu-
 kehren.

Wie wirkt dieser Zustand nun auf unsere Volkswirt-
 schaft? Die deutsche Wirtschaft kann ja nicht für sich allein
 bestehen, sondern ist auf Einfuhr und Ausfuhr angewiesen,
 auf Einfuhr der Erzeugnisse, die wir nicht in genügender
 Menge, wie Lebensmittel, die wir nicht in genügender
 Menge, wie Rohstoffe, Gummi, Baumwolle usw., herstellen können, und
 auf Ausfuhr, besonders von Industrieprodukten, um die
 Einfuhr damit zu bezahlen. Wenn man aber die Ausfuhr-
 artikel für die Hälfte oder für ein Drittel des Weltmarktpreises
 an das Ausland veräußert, werden die Ein-
 fuhrartikel aber zum vollen Weltmarktpreis gekauft über-
 zahlen müssen, so muß das mit absoluter Notwendigkeit zur
 völligen Verarmung, zur Ausdehnung der Volkswirtschaft
 führen. Anschaulich gesprochen: wenn vollständige Auto-
 mobile, wie es täglich geschieht, an das Ausland verkauft
 werden zu einem Preis, für den wir gerade den Roh-
 gummi für die Bereifung kaufen können, so muß die Volkswirtschaft sich ausbluten.

Dieser offensichtliche volkswirtschaftliche Wahnsinn, die
 völlige Unhöflichkeit dieses Zustandes beschäftigt nun die
 öffentliche Meinung schon seit einiger Zeit, und hat schließlich
 die Regierung zu Gegenmaßnahmen veranlaßt. Preis-
 prüfungsausschüsse wurden eingerichtet, die alle Verkäufe an
 das Ausland daraufhin kontrollieren sollten, ob sich der
 Verkäufer auch einen genügend hohen Preis bezahlt hat.
 Weil der Ohnmacht der Regierung auf wirtschaftlichem
 Gebiet, und bei dem Bestreben des Schieber-
 handels, möglichst rasch und mühelos abzugehen, bei der
 ungenügenden Grenzkontrolle besonders im Westen müßte
 diese Maßnahme aber sehr wenig. Schon wurden hier und
 da Stimmen laut, die die Maßregel für überflüssig und aus
 Schluß dieser Betrachtung bedürftigen soll, ein öffentliches,
 das heißt, sozialistisches Ein- und Ausfuhrmonopol, da kam
 aus den Kreisen des Handels und der an der Ausfuhr
 interessierten Industrie mit einem Male die Initiative.
 Freiwillig wollte die Industrie eine Selbstkontrolle üben,
 die Ausfuhr überwachen und kontrollieren, für den Aus-
 schluß der unzuverlässigen Elemente, des wilden Handels
 sorgen und überall darüber wachen, daß nur wirklich zur
 Ausfuhr geeignete, die uns weniger dringend benötigte
 Waren ausgeführt und beim Verkauf angemessen, dem
 Weltmarktpreis und dem Stande unserer Valuta ent-
 sprechende Preise erzielt würden. Und die Regierung
 faßte in der Besprechung mit den Vertretern des Handels
 und der Industrie zu, daß sie auf diesen Vorschlag eingehe
 und zog angesichts dieser Selbstkontrolle der Industrie den
 Plan eines staatlichen Außenhandels-
 monopolis zurück.

Die „Vossische Zeitung“ führt in ihrer Veröffentlichung
 der Kaiserbriefe fort. Man muß gestehen, liest man
 diese Briefe und erinnert man sich daran, daß dieser Brief-
 schreiber über das militärisch stärkste und politisch unself-
 ständigste Volk der Welt die entscheidende Macht
 ausgeübt hat, so kann man sich nur wundern, daß dieses
 Volk nicht schon früher in den Krieg hineingestoßen worden
 ist. Jeder einzelne dieser Briefe legt Zeugnis ab von dem
 Bemühen von Schwachsinn, maßloser Selbstüberhebung,
 völliger Verkennung aller Tatsachen und romanistischer Phanta-
 stik, die das Wesen dieses gefährlichen Rarren ausmachten.
 Und das war der geliebte und bewunderte Herrscher, den
 dieses deutsche Volk entweder verhimmelte oder das es doch
 völlig frei gedächren ließ!

Jeder der veröffentlichten Briefe gibt dafür neue Be-
 weise. Ebenso wie er selbst sich von Gott berufen wähnt,
 um den Monarchismus gegen Republikanismus und Nihilis-
 mus, das Christentum gegen Deidentum und Buddhis-
 mus zu schützen, so meint er, daß auch der russische Zar den-
 selben göttlichen Beruf erfüllen müsse und sich in Nikolaus
 deshalb den von der Vorsehung gewollten Bundesgenossen.
 So macht er ihn in einem Brief vom 28. September 1895
 gegen Japan hart und mahnt ihn gleichzeitig, die Fran-
 zosen zur Ordnung zu rufen. Es heißt da:

Ich habe einige Erfahrung in der Politik (1) und sehe ge-
 wisse unverkennbare Anzeichen, deshalb esse ich zu Dir, mein
 Freund, um im Namen des europäischen Friedens ernstlich zu
 mahnen; wenn Du auf Gebeth und Verberd mit den Fran-
 zosen veröbndet bist, dann rufe diese verdammten Schufte
 zur Ordnung und heiße sie stillstehen; wenn nicht, dann laß
 Deine Leute, die nach Frankreich gehen, den Franzosen nicht den
 Glauben beibringen, Du seiest ihr Verbündeter, lasse sie nicht
 rücksichtslos werden und ihnen die Köpfe verbrechen, bis sie sie
 verkern und wir dann in Europa, anstatt für Europa gegen
 den Osten, kämpfen müssen! Denke an die fürchterliche Verant-
 wortung für das entsetzliche Blutvergießen! Run lebe wohl,
 Heister Kady, meine besten Grüße an die liebe Witt. Ich bin
 wie immer Dein ergebener und aufrichtiger Freund und Beist
 Willy I. R.

Noch bezeichnender für die Denkart des Monarchen ist ein
 Brief vom 28. Oktober desselben Jahres. „Willy“
 schreibt da:

Lobanows Besuch war mir höchst interessant, er ist gewissermaßen
 ein sehr scharfer Diplomat und ein glänzender Coureur, und
 was er mir erzählte, war sehr beachtenswert in Bezug auf Frank-
 reich. Ich hielt es für richtig, ganz offen über Frankreich
 mit ihm zu sprechen, denn er sagte mir, Du hättest ihn in Kenn-
 nis gesetzt. In einer Rücksicht habe ich mich bemüht, ihm zu
 zeigen, daß ich nicht uninteressiert sein möchte. Daß es nicht
 die Tatsache des „Rapports“ oder der Freundschaft zwischen
 England und Frankreich ist, die beunruhigend wirkt — jeder
 Herrscher ist der alleinige Herrscher der Interessen seines Landes
 und gestaltet seine Politik demgemäß — sondern die Ge-
 fahr, die unseren Prinzipien des Monarchismus dadurch droht,
 daß die Republik in der Form, wie sich die Freundschaft
 zeigt, auf ein Bismarck gehoben wird. Das beständige Erscheinen von Fürsten, Großfürsten,
 Staatsmännern, Generälen in „vollem Stiche“ bei Trau-
 nungen, Besetzungen, Dinern, Nennern, zusammen mit dem Coupl
 der Republik oder in seiner Umgebung, macht die Republi-
 kaner — als solche — glauben, sie seien ganz
 ehrbare, ausgezeichnete Leute, bei denen
 Härten verkehren und sich zu Hause in ihren
 Säulen. Was ist nun die Folge zu Hause in unseren ver-
 schiedenen Ländern, wo die Republikaner Revolu-
 tionäre de natura sind und — mit Recht — behandelt
 werden als Leute, die erschossen oder gehängt werden müs-
 sen? Sie sagen unseren anderen lokalen Untertanen: „Ach,
 wie sind gar keine gefährlichen, schlechten Menschen, Bild

doch noch Feindrecht! Wo steht für die Republikaner in
 dieser Hinsicht mit den Republikanern! Warum sollte es
 bei uns nicht ebenso sein?“ Die R. B. ist aus der oben
 Revolution entstanden, propagiert deren Ideen und ist
 verpflichtet, das zu tun. Vergiß nicht: Heute ist — ein
 persönliches Verbrechen — auf dem Throne des französischen
 Königsreiches „von Gottes Gnaden“, dessen Häupter französisch
 Republikaner abgeschlagen haben. Das Blut der Majestä-
 ten liegt noch auf diesem Lande! Sich es an, ist el-
 seitdem wieder glücklich oder ruhig gewesen!
 Ist es nicht von Blutvergießen zu Blutvergießen gelaufen? Und
 ist es nicht in seinen großen Momenten von Krieg zu Krieg
 gezogen? Was es ganz Europa und Russland in Ströme Blutes
 tauchte, bis es zuletzt noch die Kammer über sich hatte? Nicht,
 nimm mein Wort darauf, der Fluch Gottes hat dieses Volk
 für immer getroffen. Uns christlichen Königen und
 Kaisern ist die eine heilige Pflicht vom Himmel
 aufzulegen, den Grundsatz „von Gottes Gnaden“
 aufrechtzuerhalten. Wir können gute Beziehungen zur
 R. B. unterhalten, aber niemals intim mit ihr sein. Ich fürchte
 immer, daß Leute bei häufigen und langen Besuchen in Frank-
 reich, ohne es zu fühlen, republikanische Ideen einsaugen.

Es ist klar, daß ein Mann, dessen vermisstomem Gehirne
 ein großes Volk als „verdammte Schufte“ erscheint, der auf
 der anderen Seite meint, daß sein Überwieg die alleinige
 Richtschnur für die auswärtige Politik sein müsse, antie-
 liches Unheil anrichten müßte. Um so mehr, da er nicht
 einmal an dieser Politik festhielt, sondern sich sofort
 wiederum den „verdammten Schufte“ anzubehornen trach-
 tete, sobald er glaubte, sie gegen England auszuweilen zu
 können, wenn dieses ihm, wie bei dem ersten Konflikt mit
 den Buren, Anlaß zu seiner allerhöchsten Ungnade gab.

Die Unselbstigkeit, Unguerlichigkeit und Irrsinnigkeit,
 die die deutsche auswärtige Politik seit dem Regierungs-
 antritt Wilhelms beherrschten, wird durch diese Briefe ins
 hellste Licht gerückt. Es ist genau dieselbe Spröde, die in
 den berichtigten Randbemerkungen zu den Kriegsbüchern
 wiederkehrt. Daß dieser Mann eine solche Sprache nicht
 nur in privaten Briefen führen durfte, sondern daß kein
 Wort entscheidend war für die ministeriellen Sand-
 lungen, die er sich betraf, und damit für die Politik Deutsch-
 lands, das ist Schuld und Verhängnis des deut-
 schen Volkes, das diesen Mann und seine Politik er-
 tragen hat, bis eine Welt in Waffen sich gegen das ver-
 rückte System erhob und es mit samt seinem Träger zer-
 schlug.

Strofantrag gegen Moser. Die uns Genosse Oehme mit-
 teilt, hat er gegen Herrn Heinrich Moser wegen der im „Vor-
 wärts“ erschienenen Verhöhnungen Strafandrohung gestellt.

Gute Konjunktur! Wie sich aus der Generalversammlung
 der „Hilfsvereine“ in Berlin ergibt, hält die Hochkonjunktur
 im Hotelwesen weiter an. So konnte die obgenannte Gesell-
 schaft, die im vorigen Jahre eine Entwertung durchgemacht hat,
 nach außerordentlich hohen Abschreibungen die letzten
 Dividende auf 8 Prozent (im Vorjahr 9) festsetzen.

Deutschnationale Warenverkehr. Der Wirtschaftsvertrag
 der in den Berliner Verhandlungen zwischen Deutschland und
 Polen abgeschlossen wurde, sieht Lieferungen von Seiten Deutsch-
 lands in Höhe von 471 Millionen Mark und von Seiten Polens
 in Höhe von 120 Millionen Mark vor, so daß ein Ueberschuß zu
 gunsten Deutschlands 351 Millionen beträgt.

Eine höchst sinnige Maßnahme. Die Gefahr für Auslands-
 briefe ist in Deutschland noch immer nicht aufgehoben. Es besteht
 eine Verordnung vom 15. November 1918, die das Öffnen der
 Briefe anordnet, um Vermögensverhältnisse auf die Spur zu
 kommen. Die Post geht dabei von sehr schmerzhaft vor; sie unter-
 zieht auch die Briefe einer Zensur, die an die Redaktionen
 gerichtet sind. Wir müssen das als eine große Ungehörigkeit be-
 trachten, da eine Zeitungredaktion für Vermögensverhältnisse
 wirklich kein persönliches Interesse hat. Die Post möge sich da
 andere Leute aussuchen, ganz abgesehen davon, daß die Schieber
 ihre Geschäfte heute auf ganz anderem Wege erledigen und die
 Post dabei jedenfalls nicht in Anspruch nehmen.

„Deutschland, Deutschland über alles!“

Eine Verteidigung des Dichters Hoffmann von Fallersleben.
 Von H. O. Zeis.

Bei allen unpassenden Gelegenheiten, beim Kriegsausbruch
 1914, bei siegreichen Schlachten, bei annexionistischen Demo-
 strationen des modernen deutschen Bürgertums und bei Ranti-
 ficationen gegen den „Gewaltfrieden der Entente“ sowie bei
 den Siegesfeiern der Weltkriegsüber wurde je nach der Stim-
 mung, bald in Dur und bald in Moll das Deutschland über
 Alles-Lied von Hoffmann von Fallersleben zu hören. — Nie-
 mand hat jemals nach dem Ursprung des Liedes oder nach dem
 Sinn gefragt, den der Dichter in seine Verse hineingelegt hat
 und so mußte der tote Verfasser es wehrlos „der sich ergeben
 lassen, daß seinem Gedichte ein ganz anderer Sinn unter-
 schoben wurde und daß er selbst dadurch in eine Gattung von
 „vaterländischen Dichtern“ gebracht wurde, denen niemand (zwe-
 tland, als er.

Im Jahre 1849 erschien in Braunschweig, gedruckt von
 H. M. Meiners, ein kleines Flugblatt, betitelt „Hoch! Zeit-
 lieber von Hoffmann von Fallersleben. Preis 24 Sil-
 bergroschen gleich zwei gute Groschen.“ Das Gedicht, das
 eine große Verbreitung fand, war eine neue und
 zeitgemäße Ausgabe einiger Gedichte, die bereits
 3. Zeit wenigstens in dem 1841 bei Hoffmann und Campe
 erschienenen Buch „Unpolitische Lieder“ von Hoffmann von
 Fallersleben gestanden hatten. Damals war von der preussischen
 Regierung ein Verbot gegen den gesamten Compeschen Verlag
 erlassen worden und auch die Herausgabe von 1849 hatte nicht
 gerade das Wohlwollen der Regierung.

Die Originalausgabe der „Hoch! Zeitlieber“ von 1849 folgt
 vor mir. Ich fand sie deutlich auf einem Biberlatten und nahm
 sie mit, denn die Gedichte, die in dem Heftchen abgedruckt sind,
 sind schon den Preis von zwanzig Pfennigen wert, der von mir
 gefordert wurde.

Da steht z. B. on zweiter Stelle in dem Flugblatt ein ironi-
 sches Lied „Zum Erotrichien 5. Dezember 1848, dessen beide Hym-
 nen (zu singen nach der Melodie „Guter Mond du gehst
 so stille“) lauten:

Weg mit allen Vorklappen!
 Weg mit aller Bürgerweh!
 Hoch der Herr von Gottes Gnaden!
 Hoch sein Regierewort!
 Mit der Friedenspeil im Runde
 Geh's ins Bierhaus auf die Wacht,
 Trinkt man bis zur Bürgerwacht,
 Und dann — **trinkt man bis zur Wacht!**

Weiter sind dem deutschen Philister einige freundliche Worte
 geteilt:

„Sprich, deutsche Geschichte, berichst es der Welt,
 Wer war doch dein größter, berühmtester Held?
 Der deutsche Philister, der deutsch ist Mann,
 Der Alles verdrückt, was man Gutes begann.
 So lang der Philister regieret das Land,
 Ist jeglicher Fortschritt daraus wie verdammt!
 Denn dieses erbärmliche feige Geschlecht,
 Das lenket nicht Ehre, nicht Tugend und Recht.“

„O, mein prophetisches Gemüt!“ sagt Hamlet. — — —
 Hoffmann von Fallersleben's Worte haben keine Wirkung ge-
 habt. Die meisten Verse des Dichters könnten für die Zeit
 geschrieben sein. So ruft er z. B. in seinem Gedicht „Reu-
 ringsum!“ aus:

Sehet euch um!
 Sind wir nicht wieder vertatelt?
 Wieder durch Diplomaten!
 Reu'de ringsum!
 Sehet euch um!
 Schergen und Freiheitskämpfer
 Wieder die friedlichen Bürger!
 Reu'de ringsum!
 Ruf denn! erwacht!
 Wider die frohen Junker,
 Wider die Schuff und Bedrücker,
 Fort in die Schlacht!

Und in dem vorerwähnten Gedicht des Dichters heißt es:

Konstabler und Soldaten,
 Und alle Burenkaleen,
 Die führ'n uns mit Gewalt zurück
 In alle Untertanengläub.
 Ausweisen und Verbannen —
 Sind uns'r Erungenshosen!
 Und daß man frei und froh kann sein,
 Hört man Gelagerungsstund' ein!

Neben diesen Gedichten, auf Seite 3 des Heftchens steht
 „Das Lied der Deutschen“, das Lied „Deutschland, Deutschland
 über alles“, das jetzt der Schlachtfeld aller reaktionären
 Elemente, der „alten Bürokraten“, „Junker“ und „Freiheits-
 kämpfer“ H. für Hoffmann von Fallersleben bedeuten die
 Verse etwas anderes: Er träumte von der Befreiung Deutsch-
 lands, vom preussischen Gemeinwohl. Er schaute sich nach
 „Einigkeit und Recht und Freiheit für das deutsche Vaterland“
 und forderte in dem Lied alle Deutschen „us brüderlich mit Herz
 und Hand“ danach zu streben. — — —

Es ist den 40er Jahren der Dichter Hoffmann und Campe.

in dem „Das Lied der Deutschen“ zuerst erdicht, dieses Lied
 mit Noterklebe als Flugblatt verbreitete, wurde es tatsächlich
 zum Kampfeslied des noch Befreiung vom Absolutismus be-
 tenden revolutionären deutschen Bürgertums. — — —
 Und heute!!

Die Ursache der Blinddarmentzündung.

Der finnische Arzt G. Sandelin hat sich in den Abhandlungen
 der finnischen Zeitschrift über die Ursachen der Blind-
 darmentzündung in folgender bemerkenswerter Weise geäußert:
 „Die Meinung, die ich durch Beobachtung des Verhaltens
 des Wurmfortsatzes in der Bauchhöhle bei vielen Hunderten, in
 allen möglichen Stadien ausgeführten Operationen erhalten
 habe, kann man folgendermaßen zusammenfassen: die Grund-
 bedingung für das Entstehen von Blinddarmentzündung muß
 darin erblickt werden, daß im Wurmfortsatz oder in dessen
 Verhältnis zur Umgebung entweder angeborene oder erworben
 Abweichungen vorkommen, die bewirken, daß unter besonderen
 Umständen eine Zurückhaltung oder ein Verschluß zustande
 kommt. Hierbei verursachte Ernährungsstörungen können dann
 die normale Widerstandskraft des Wurmfortsatzes gegen vor-
 handene Bakterien in dem Maße vermindern, daß eine augen-
 scheinliche Anreicherung die Folge ist. Unabhängig davon, ob eine
 Anreicherung eintritt oder nicht, kann der Anfall vorkommen,
 falls sich der Verschluß bildet; dauert der Verschluß an,
 so führt der Anfall zu Eiter- oder zum Durchbruch
 des Blinddarms, in dem Fall zu Wasser- oder Eiteranham-
 mungen. Eine unvollständige Zurückhaltung kann Anlaß zur
 Bildung von Abszessen geben, die, wenn sie eingekapselt wer-
 den, unmittelbar den Anfall hervorrufen. Schnell vorübergehen-
 der oder unvollständiger Verschluß, wie leicht auch Dehnungen eines
 ungünstig gelegenen Wurmfortsatzes rufen die sog. chronische
 Blinddarmentzündung hervor. Bei dieser ist die oft vorkommende
 Entzündung ebenso wie beim akuten Anfall von sekundärer Art.
 Schoumann forderte als Erklärung für die Einwanderung der
 Bakterien in den Wurmfortsatz ähnlich wirksame Kräfte oder
 er suchte sie in Lageabweichungen oder Kreislaufstörungen. Im
 Grundgedanke stimmt die Auffassung, die Schoumann vor 60
 Jahren auf Grund theoretischer Überlegungen aufgestellt hat,
 mit der überein, die ich auf Grund direkter Beobachtungen
 darzulegen habe. Blinddarmentzündung in Gestalt einer bakteri-
 ellen Infektionskrankheit ist eine höchst seltene und mystische
 Erscheinung. Doch es ist anzunehmen, wie hier dargestellt, nämlich,
 daß sie im Grunde auf anatomischen und mechanischen Ursachen be-
 ruht, welche die Blinddarmentzündung jede Wunde und nicht zu
 einer Erkrankung, die anderen längst bekannt sind und wahrschein-
 lichen Erscheinungen im Organismus — — —

Die Eisenbahnerbewegung.

Gegen die Verleumdungen des „Vorwärts“.

Eine am Mittwoch abgehaltene fast besuchte Versammlung von Vertrauensmännern der Eisenbahnerbetriebsvereine und Arbeiter Groß-Berlins nahm, wie die „D. u. P.“ meldet, Stellung zu den Tarifverhandlungen und sprach dem Vorstand des Deutschen Eisenbahnerverbandes wegen widersprüchlicher und unentschiedener Haltung bei diesen Verhandlungen ein scharfes Mißtrauensvotum aus. Gefordert wurde die unverzügliche Einberufung einer außerordentlichen Generalversammlung des Verbandes. Mit der vorläufigen Regelung der tariflichen Lohnsätze ab 1. Januar 1920 erklärten sich die Vertrauensleute nicht einverstanden, da diese Sätze der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage ganz und gar nicht entsprechen. Das mindeste, was gewährt werden müsse, seien die Sätze, die der Tarifvertrauenswurf vorgelesen habe; sie seien ohnehin schon durch die Verhältnisse längst überholt.

Die Versammlung nahm weiter Kenntnis von einer durch den „Vorwärts“ verbreiteten Meldung, daß „gewissenlose Ober- und Arbeiter am Werke seien, die Eisenbahnerbewegung in politisches Wasser überzuweisen“. Die Versammlung protestierte in erster Linie deshalb dagegen, weil diese Nachricht durch den Hauptvorstand des Deutschen Eisenbahnerverbandes verbreitet worden sei. Bei der jetzigen Bewegung könne von politischen Motiven keine Rede sein, vielmehr seien wirtschaftliche Ursachen die Triebkräfte. Die Eisenbahner seien infolge der Unterernährung körperlich und seelisch so sehr zusammengedrückt, daß es ihnen beim besten Willen nicht möglich sei, in vollem Umfang ihre Arbeit zu verrichten. Sie könnten nicht mehr bis zur Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage nur soviel arbeiten, als dies die für den Eisenbahnbetrieb geltenden Bestimmungen, die streng beobachtet werden müssen, zuließen. Ein Streik sei augenblicklich unmöglich und nicht zu empfehlen. Die Eisenbahner seien aber entschlossen, auch zum letzten Mittel zu greifen und davon Gebrauch zu machen, falls die Regierung bzw. die Verwaltung auf ihrem wenig entgegenkommenden Standpunkt in der Frage der Lohnerböhung beharre. Die Beschlüsse der Versammlung treten bereits Freitag in Kraft.

Ebenso kam auf einer auf Veranlassung der Gewerkschaft deutscher Eisenbahner einberufenen, aus ganz Rheinland und Westfalen außerordentlich fast besuchten Eisenbahner-Konferenz in Essen, die Stellung nahm zu den großen wirtschaftlichen Fragen der Eisenbahner, zu den bisherigen Ergebnissen der schwachen Tarifverhandlungen und zu der für die nächste Zukunft zu erwartenden weiteren Verschärfung der wirtschaftlichen Notlage, die starke Erregung der Eisenbahner zum Ausdruck. Es wurden ferner eingeschärft Maßnahmen gegen das unablässig um sich greifende Schieberwesen gefordert; und vor allen Dingen beachtet die Delegierten aus den Städten des besetzten Gebietes an der Front zahlreiche drückende Beispiele, daß das Schieberwesen dort nachgerade Auswüchse geizig, die jeder Beschreibung spottet.

Sonnenfeld und Scheidemann.

Wir haben bereits in unserer Morgenausgabe von der auffälligen Tatsache Kenntnis gegeben, daß Herr Scheidemann keine vom „Vorwärts“ pomphaft angekündigte Absicht, gegen sich selbst ein Verfahren zu beantragen, nicht aufwies, sondern nur gegen den von ihm für unzurechnungsfähig gehaltenen Sonnenfeld Strafantrag gestellt hat! Sonnenfeld sen. wehrt sich nun in folgender Erklärung:

„Gegenüber der behauptet wahrheitswidrigen Behauptung des „Vorwärts“ und des Genossen Scheidemann, daß ich im Fall Liebschütz-Dugenburg der Urheber der gegen Scheidemann ausgesprochenen Beschuldigung sei, verweise ich auf die von mir der Öffentlichkeit übergebene Erklärung; daß auch mir gegenüber feinerzeit im Reichstag von einer dem damaligen Volksbeauftragten bzw. Ministerpräsidenten Scheidemann sehr nahestehenden Seite erklärt wurde, daß für den Tod von Liebschütz und Dugenburg 100 000 Mark bereitgestellt seien, und zwar von Scheidemann und Elzard. Genosse Scheidemann dem Staatsanwalt, der mich darüber verhören will, werde ich den Namen dessen nennen, der feinerzeit diese Beschuldigung gegen Sie erhoben hat.“

Aber meines Erachtens für die Öffentlichkeit wichtiger und namentlich das Ansehen der Stadt Kassel hinsichtlich ihrer Oberbürgermeisterstellung weit angebrochter wäre doch, wenn Sie den Rat hätten, ein Ermittlungsverfahren gegen sich selbst zu beantragen, um festzustellen, auf Grund welchen gesetzlichen Rechtes Sie Ihrem Julius Elzard, dessen Spindel- und Schieberfähigkeit Sie doch kannten, die diversen Schmachtmäntel erteilt haben, auf Grund deren er ja erst in die Lage kam, seine unheilbringende Tätigkeit auszuüben. Und ferner, ob und in welcher Art er sich Ihnen gegenüber verhalten hat.

Weiter: Dem Angeklagten ist es bekanntlich erlaubt, zu schwören oder die Wahrheit ins Gegenlicht zu setzen. Es ist durchsichtig genug, daß Sie, in Lebensgemeinschaft mit dem „Vorwärts“, der doch bekanntlich von Elzard gesteuert wird, an meiner Zurechnungsfähigkeit zweifeln. Damit glauben Sie wahrheitsgemäß, mein Zeugnis aus der Welt schaffen zu können. Aber mit Folgen Sie damit nichts Neues!

Meinem Sohn in Darmstadt ist ja von Heinrich Elzard schon vor Wochen persönlich nahegelegt worden, ihm zu versichern, daß ich unzurechnungsfähig sei, und zwar angeblich sogar im Auftrag des Verteidigers meines Sohnes, des Rechtsanwalts Grünspach. In Verbindung damit, daß Heinrich Elzard meinem Sohn einen falschen Pass nach Argentinien und 20 000 Mark Bargeld anbot, wenn er schwöge, wollte Heinrich Elzard, der Bruder Ihres Julius, den „Holl Elzard“ aus der Welt schaffen. Für heute damit genügend, Genosse Scheidemann!

Bei diesen Beschuldigungen finden wir Scheidemanns Juridikalkunst ebenso verständlich wie die seiner Freunde, die ungeachtet der Tatsache, daß ihr Sträuben gegen einen unparteiischen Untersuchungsausschuß ihnen dauernd den Vortritt der beabsichtigten Verdunkelung der Angelegenheit eintrübt, dennoch mit eiserner Energie an der von der rechtssozialistischen Partei angeregten Unteruchungskommission festhalten, obwohl nicht einmal das Bürgerrecht — siehe „Berliner Tageblatt“ usw. — zu ihr Zutrauen hat.

Ein gefährlicher Plan.

Die oldenburgische Landesregierung hat der Reichsregierung ein Wirtschaftsprogramm übermitteln, das neben einem durchgeführten Umlagerungsplan für Getreide und Kartoffeln gleichmäßige, die Erzeugerhöchstpreise bedeckende Preise fordert und dann wörtlich sagt: „Die Fleischbewirtschaftung wird mit Ende dieses Wirtschaftsjahres, am 30. August 1920, aufgehoben. Die Bundesbewirtschaftung wird mit Beginn des nächsten Wirtschaftsjahres aufgehoben. Für alle anderen Warenprodukte bleibt die jetzige Bewirtschaftung bestehen oder wird eingeleitet.“

In der oldenburgischen Landesregierung scheinen die Vorkämpfer des Fleis in den Händen zu haben, denn nach einem

punkt der Allgemeinheit aus ist das Verlangen nach Aufhebung der Zwangsversteigerung für alle Erzeugnisse unbestimmt.

Wiederaufleben der Schuchhasthande.

Der Militärbesitzhaber für Sachsen, General Müller, der sich im Kampf gegen das Chemnitzer Proletariat seine Sporen verdient hat, nahm vor einigen Tagen den kommunistischen Parteisekretär Fritz Hedert in Chemnitz in Schutz, weil Hedert für die Verurteilung einer Militärrepublik agitiert und den Reichswehrminister Klose oft beleidigt habe.

Trotzdem Ober-Klose in Berlin den Belagerungszustand aufheben mußte und auch die sächsische Landesregierung bei der Reichsregierung angeht für den Abbau des rechtschweren Belagerungszustandes eintritt, kann ihr militärischer Danksänger die Verfassung weiter verhöhnen. Nicht charakterisiert die Neuorientierung der Regierung besser als diese neuerliche Freiheitsbeugung.

Aus dem Staate Krasan.

Bei einer Welthochfeier des Reichswehr-Rosa-Verlegungs-ments 8 in Potsdam hielt der Mitstreiter Graf Verthold, Chef einer Gelübde, eine Ansprache, in der er u. a. sagte:

„Ich bin Königstreu und bleibe Königstreu. Diesen Krampf, der hier gemacht wird, mache ich nicht mit. Wenn ein Mann wie Klose, der nie Soldat war, zur Parade kommt, bin ich stolz und nicht zu haben.“

Wenn einer unter euch ist, der die Sache zur Sprache bringen will, so kann er das ganz ruhig machen. Denn ich bin höchstens noch 8 Tage hier.“

Der Königstreu Herr Graf hat inzwischen auch den Potsdamer Staub von seinen Füßen geschüttelt. Er ist zur Sicherheitswehr übergetreten, weil er hier ein noch günstigeres Feld für seine monarchistische Propagandastätigkeit zu finden glaubt. Diese Tatsache verdient besonders vermerkt zu werden, da die Sicherheitswehr bekanntlich keine militärische Organisation, sondern eine Waffenhilfsorganisation der zivilen Wehrkräfte ist. Wie kommt es denn, Herr Graf, daß sich gerade die feudalen Offiziere mit Vorliebe auf diesen „Sicherheitswehr“ stützen, die doch früher eine bürgerliche Organisation als „weirückwärts“ betrachteten, unvereinbar mit der Ehre eines adeligen Offiziers!!!

Zusammenschluß der thüringischen Staatengruppe.

Nach langen Verhandlungen ist der Zusammenschluß der selbständigen thüringischen Staaten Tatsache geworden. Für den Zusammenschluß haben sich Kurfürst, Weimar, Schwarzburg-Rudolstadt, Schwarzburg-Sondershausen, Weimar, Gotha und Reiningen ausgesprochen, während in Rudolstadt sich der Ausschluß an Bayern vollzieht. Aus den thüringischen einzelstaatlichen Parlamenten ist ein Volksrat zusammengesetzt, von dessen 39 Mitgliedern 14 den Rechtssozialisten angehören, 9 den Unabhängigen, 8 den Demokraten, 8 der Arbeitergemeinschaft der Rechtsparteien. Am eine rechtssozialistisch-demokratische Mehrheit zu verhindern, sind unsere Genossen eine Art Arbeitsgemeinschaft mit den Rechtssozialisten eingegangen. Von wichtigen Aufgaben des Volksrates sind zu nennen die Schaffung einer Verfassung für den neuen Staat, eines Schulgesetzes und die Neuordnung des Gemeinde- und Bezirksrechts.

Geldumlauf und Teuerung.

Geldumlauf und Teuerung hängen aufs engste miteinander zusammen. Nach einer ähnlichen englischen Statistik haben sie sich bei unseren Gegnern folgendermaßen entwickelt:

	Geldumlauf 1913 = 100	Großhandelspreise 1913 = 100
Vereinigte Staaten (Mai 1919)	178	200
Japan (Mai 1919)	223	215
Großbritannien (August 1919)	244	257
Frankreich (Juni 1919)	335	330
Italien (April 1919)	440	330

Je größer die Zunahme des Geldumlaufs, desto größer die Steigerung der Preise! Das Bild wäre noch klarer, wenn die Mittelwägle und Aufschlag in den Vergleich miteinbezogen worden wären. Bei uns z. B. ist der Geldumlauf auf annähernd das Fünffache, die Großhandelspreise auf etwa das Neunfache gestiegen. Derselbe Reihenfolge unter den Ländern ergibt auch ein Vergleich der Devisenkurse. Besser als in England ist die Devisen in Amerika und Japan, schlechter in Frankreich, Italien, Deutschland. Eine dauernde Besserung unserer Devisen können wir denn auch nur durch eine Verminderung des Geldumlaufs, durch eine Abbildung der schwebenden Schulden erreichen.

Verschärfung der Grenzüberwachung. Am mehrere Verschlebung von Getreide ins Ausland unmöglich zu machen, beabsichtigt die Reichsgetreideverwaltung, die Zahl der in den Staatsanwaltschaften an der alten Zollgrenze im Westen tätigen Überwachungsbeamten um etwa 500 Beamte zu vermindern. Eine ähnliche Überwachung der anderen Grenzen ist gleichfalls geplant.

Die Vorbereitung der Schwere über ihren Eintritt in den Weltkrieg und verlangen eine längere Frist, innerhalb der die neutralen Länder dem Völkerverbund beitreten können und erklären den Völkerverbund nicht als verfassungsmäßig, solange die fünf Großmächte den Frieden nicht ratifiziert haben.

Aus der Partei.

Die Nordhaufer Parteimitgliedschaft zum Parteitag.

Die Delegiertenkonferenz des Wahlkreises Nordhausen nahm nach der Berichterstattung durch Genossen Cabat und nach einem Referat des Genossen Kleinspehn über „Die politische Lage“ folgende Resolution an:

Die am 17. Dezember 1919 im Schützenhaus zu Nordhausen versammelten Delegierten der U. S. P. aus 50 Orten des Arbeitsgebietes Nordhausen erklären sich mit den Beschlüssen des Parteitages einverstanden. Sie vermissen jedoch eine eingehende Erörterung der großen Wirtschaftssorgen und ihre politischen Konsequenzen.

Als Kandidat für die nächsten Reichstagswahlen wurde einstimmig der bisherige Vertreter Genosse Dr. Oskar Sohn aufgestellt.

In der Provinz Brandenburg geht es rüstig vorwärts. In der Chapelegier haben eine Reihe Parteifreunde gute Arbeit geleistet. Im Herbst gründeten sie in Wittlich eine Ortsgruppe der U. S. P., zu der jetzt die S. P. D. restlos übergegangen ist. Ferner wurden noch Ortsgruppen gegründet in Neuwied und in Freienstein. Die S. P. D.-Gruppe in Juppel ist zur U. S. P. übergetreten. Nebenbei sind einige Genossen am Werke

Gewerkschaftliches.

Eine gründliche Abfuhr der „alten“ Gewerkschaftler.

Zwei fast besuchte Versammlungen der Berliner Buch- und Stein-drucker-Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen am 23. 12. 1919 und 1. 1. 1920 befaßten sich mit der Tatsache, daß es der Zentralvorstand des Bundes gewagt hatte, auch Berlin in den Reichstagsrat einzusetzen, trotzdem die Berliner Hilfsarbeiter den Reichstagsrat abgelehnt hat und auch zu den Reichstagsverhandlungen keine Unterländer entsendet hatte. In der ersten Versammlung wollte der Zentralvorstand Pucher über den Reichstagsrat referieren, er hätte sich aber wohlweislich, näher auf diesen Punkt vom Tarif, einem widerwärtigen Abwärtigen des „vorbildlichen“ Buchdrucker-Tarifs, eingelassen. Als erster Diskussionsredner zeigte aber Genosse Kraus diesen Tarif in seiner wahren Gestalt und wies nach, daß nicht nur für die Berliner Mitglieder nichts daraus sei, sondern daß sie nun auch geißelt seien, ohne daß nach ihrem Willen worden war. Horne und Glotz gaben sich die größte Mühe, den Tarif als eine Erzeugnis hingustellen. Der lebhafte Widerspruch der Versammlung bewies, daß ihre Mühen vergeblich waren. Die Genossen Großmann, Krummke, Wolter u. a. gingen näher auf die Vorgeschichte des Tarifs und auf seine einzelnen Paragrafen ein. Nach wie vor sind die Berliner Buch- und Stein-drucker-Hilfsarbeiter Gegner eines Reichstagsrats, in dem sie nichts anderes sehen als die gradlinige Fortsetzung der Burgfriedenspolitik während des Krieges. Die letzte Versammlung beschloß gegen 2 Stimmen, das Schlußwort Pucher nicht zu erteilen. Wegen 6 Stimmen wurde folgende Resolution angenommen:

„Die am 23. 12. 19 und 1. 1. 20 von über 2000 Mitgliedern besuchten Versammlungen der Hilfsarbeiter des Bundes der Buch- und Stein-drucker-Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen nehmen mit Entschiedenheit Kenntnis von dem Abschluß des Reichstagsrats. Die Versammelten betrachten es als eine Unverantwortlichkeit, in der Zeit sich schnell verändernden Wirtschaftsverhältnissen einen solchen Tarif, der trotz aller Schönfärberei ungeheure Nachteile bringt, abzuschließen. Sie sprechen den Verhandlern und Funktionären, die an diesem Tarif mitgearbeitet und ihn abgeschlossen haben, ihr schärfstes Mißtrauen aus. Die Versammelten lehnen diese Tarifpolitik ab und verurteilen, auch hinsichtlich des Kampfes gegen die Verwaltungen der Berliner Hilfsarbeiter durch die Inspektoren, die diesen Tarif abgeschlossen haben, aufzunehmen und zur Vertreibung der arbeitenden Klassen aus den Besessenen des Kapitalismus alles aufzubieten.“

Der Krisenstand und die Lohnkommission sind verwickelt, durch Verhandlungen mit den Berliner Prinzipalen die Schäden und Mängel des Tarifs für Berlin auszugleichen und abzuwenden.

Der Kampf um die Lohnzulagen im Tapezierergewerbe.

Am 30. Dezember tagte im Gewerkschaftshaus eine fast besuchte Versammlung des Bundes der Tapezierer, Filiale Berlin, die zu der enormen Steigerung der Lebensbedingungen Stellung nahm. Der Vorsitzende berichtete über die Verhältnisse im Gewerbe und über die letzten Differenzen in einzelnen Betrieben, die dadurch entstanden waren, daß die betreffenden Unternehmer jede Lohnaufbesserung abgelehnt hatten. Diese Haltung der Unternehmer hatte verschiedene Auswüchse zur Folge. In der darauf erfolgten Verhandlung erklärten die Unternehmer, daß in den bestrittenen Firmen zunächst die Arbeit aufzunehmen sei, bevor man über eine allgemeine Lohnaufbesserung sprechen könne, während sei eine allgemeine Lohnaufbesserung für März 1920 im Tarif vorgesehen. Nach längerem Verhandeln kam man jedoch auch auf der Unternehmerseite zu der Einsicht, angesichts der großen allgemeinen Lebensmittelpreiserhöhung eine Aufbesserung der Löhne vorzunehmen. Nach Zustimmung der beteiligten Parteien soll ab 2. Januar 1920 auf alle z. St. bestehenden Löhne für

Tapezierer pro Stunde	80 Pf., für
Hilfsarbeiterinnen pro Stunde	20 Pf. mehr

gepaßt werden. Die Versammlung nahm zu diesem Angebot Stellung und kritisierte scharf, daß dasselbe nicht im Einklang der herrschenden Verhältnisse stehe. Nach längerer Diskussion nahm jedoch die Versammlung das Angebot vorläufig an, beauftragte aber die Verhandlungskommission nochmals mit den Unternehmern zu verhandeln um eine höhere Zulage heraus zu schlagen. Nach wurde besonders von den Arbeiterinnen gefordert, daß für sie die Zulage maßgebend sein müsse, wie für die Tapezierer.

Groß-Berlin.

Die Arbeit der Schulkollegen.

Die meisten Großstädte Deutschlands haben schon seit Jahren Schulkollegen ange stellt, Berlin ist nun endlich im Anstich d. J. diesem Beispiel gefolgt. Die Arbeit der Schulkollegen in den verschiedensten Städten Deutschlands ist verhältnismäßig einfach und übersichtlich. Jede Schulkollegin hat einen kleinen Bezirk, etwa sechs Schulen. Im Mittelpunkt des Bezirks wird eine Sprechstunde eingerichtet für die ein Raum in der Schule zur Verfügung steht. Zur festgesetzten Stunde ist dort der Schulkollege und seine Gehilfen anzutreffen, und Eltern und Lehrer können die Kinder zur Untersuchung und Behandlung bringen. In erster Linie werden die ganzen Ausschlag- und Lausfälle sofort bearbeitet und die Gefahr der Ausbreitung wird bedeutend abgemindert, wenn diese Kinder gleich von den anderen getrennt werden. Außerdem ist diese Einwirkung der sofortigen Behandlung auch für die kranken Kinder von größter Wichtigkeit, da kann es gar nicht vorkommen, daß Schüler mit Kräfte und Vorkenntnisse monatelang herumlaufen und die Bekleidungen und Qualen dieser Krankheiten ertragen müssen, weil ihnen kein Mensch hilft. Es gibt noch unendlich viele Eltern, die sagen: „Der Ausschlag kommt von innen, der muß heraus, und es ist schädlich, ihn zu vertreiben!“ Aus Nachlässigkeit, aus Unwissenheit schaden diese Eltern ihre Kinder nicht zum Arzt, doktern mit „magnetopathischen Strahlen“ und „Sprechen“ an ihrem Kind herum und überlassen den Verlauf der Krankheit einem dunkeln Schicksal. Erst wenn das Kind Fieber hat, der ganze Körper mit Eiterbläschen bedeckt ist, wird der Arzt aufgesucht, und dann muß eine Aufnahme in ein Krankenhaus angeordnet werden. Diese Fälle kann man in Berlin täglich erleben. Wie schnell hätten diese Kinder von ihrem Leiden befreit werden können, wenn auch in unseren Schulen ein Behandlungsraum wäre und sofortige Hilfe das Uebel im Anfang erstickt wird.

Ebenso einfach wird die Lausfrage in anderen Städten gelöst. Beobachtet ein Lehrer Ungewisses bei einem Kind, so schickt er es zur Behandlung zur Schulkollegin, ein Kopfverband mit einem kühlenden Mittel wird gemacht und

